



EU/EP: Gefährliche Substanzen in Elektrogeräten

Brüssel, 2.6.2010

PRESSEMITTEILUNG

Jutta HAUG: "Giftstoffe im Elektroschrott müssen der Vergangenheit angehören"

Vorerst werden keine weiteren Giftstoffe aus Elektro- und Elektronikprodukten verbannt. Konservative und Liberale haben am Mittwoch bei der Abstimmung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über die Neufassung der 'Richtlinie zur Beschränkung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten' verhindert, die Verwendung weiterer eindeutig gesundheits- und umweltgefährdender Stoffe umgehend zu beschränken.

Enttäuscht darüber zeigte sich die SPD-Europaabgeordnete **Jutta HAUG**: "Mit einer Erweiterung der Beschränkung zumindest um die gefährlichsten der bromierten Flammschutzmittel und Weichmacher hätte die Neufassung der Richtlinie ein wichtiges Signal setzen können, dass wir Abgeordnete Warnungen aus der Wissenschaft ernst nehmen und das Vorbeugeprinzip zum Schutz von Umwelt und Gesundheit der Menschen walten lassen." Die 'RoHS'-Richtlinie beschränkt bereits seit 2006 die Verwendung von sechs hochgiftigen Stoffen (Schwermetalle und Flammschutzmittel) in Elektrogeräten - von Handys bis Kühlschränken - innerhalb der EU sowie für Importe. "Wenigstens konnten wir die Beschränkung der Verwendung von Nano-Silber sowie die Kennzeichnung und genauere Untersuchung von Nanomaterialien in Elektrogeräten im Ausschuss durchsetzen."

Auch sei nach Ansicht der Sozialdemokratin eine Chance vertan worden, Europas internationaler Vorreiterrolle gerecht zu werden und fortschrittliche Unternehmen zu unterstützen, die bereits heute in der Herstellung auf einige der Schadstoffe verzichten. "Das ist nicht nur für uns Sozialdemokraten enttäuschend, sondern auch für die Unternehmen, die seit Jahren daran arbeiten, giftige Bestandteile durch Alternativen zu ersetzen. Diesen Erwartungen konnten wir mangels Zustimmung der konservativen und liberalen Kräfte im Umweltausschuss nicht gerecht werden", kritisierte **Jutta HAUG**.

Einen Fortschritt sieht die Europaabgeordnete allerdings bei der Festlegung einer soliden Methodologie für zukünftige Substanzbeschränkungen: "Ich bin zuversichtlich, dass wir das, was wir heute noch nicht erreicht haben, in Zukunft umsetzen können. Denn wir haben im Ausschuss stringente Entscheidungskriterien ausgearbeitet und eine umfassende Liste von Substanzen aufgestellt, die die Kommission in den nächsten Jahren vorrangig untersuchen muss", sagte **Jutta HAUG**. Auch sei mehr Klarheit hinsichtlich der Koexistenz mit dem EU-Chemikalienrecht REACH geschaffen und die Rechtssicherheit beim Anwendungsbereich der Richtlinie erhöht worden: So fallen nun alle Elektro- und Elektronikgeräte unter die Richtlinie bis auf nur wenige Auschlüsse, wie beispielsweise ortsfeste Großanlagen.

Bei dem Ausschluss von Erneuerbare-Energie-Technologien aus diesem zentralen EU-Umweltgesetz – von Konservativen, Liberalen und Grünen unterstützt! – hegt **Jutta HAUG** allerdings starke Zweifel: "Wollen wir wirklich Giftstoffe in den Solar-Modulen auf unseren Dächern im Kampf gegen den Klimawandel dulden? Damit ist auch der Erneuerbare-Energien-Branche langfristig nicht geholfen!"

Die Abstimmung des Berichts im Plenum findet Anfang Juli statt. Parallel wird die „WEEE“-Richtlinie zu Recycling und Wiederverwertung von Elektroschrott diskutiert.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595